

Fachkräfte für die Innovationen von morgen gewinnen

9-Punkte-Plan für gute berufliche Bildung, Fachkräftesicherung und starke Wirtschaft

von Dr. Joachim Stamp und Prof. Dr. Andreas Pinkwart

In unserer Regierungsverantwortung sind in den letzten Jahren 400.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Das sind nicht nur 400.000 neue Arbeitsplätze, sondern auch 400.000 Lebenschancen. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir weitergehen.

Gleichzeitig ist der Fachkräftemangel eine der großen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Damit die Betriebe auch in den kommenden Jahren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden, wollen wir alle Kräfte mobilisieren.

Die Berufsorientierung ist auch eine Frage der Lebenschancen. Denn der Beruf nimmt im Leben eine wichtige Rolle ein. Er beeinflusst nicht nur die Lebenszufriedenheit, sondern auch die Möglichkeiten, eigene Talente und Fähigkeiten zur Geltung zu bringen. Die Chancen für sozialen Aufstieg sind am größten, wenn jede und jeder Zugang zu Ausbildung und Qualifizierung hat und dabei seine Talente nutzen kann.

Beim Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft Richtung Klimaneutralität und Nachhaltigkeit wird keine Branche so dringend benötigt, wie das Handwerk. In Nordrhein-Westfalen müssen in den kommenden Jahren Millionen von Heizungsanlagen modernisiert oder ausgetauscht werden, hunderttausende Solaranlagen zusätzlich installiert und ebenso viele Wohnhäuser energetisch saniert oder neugebaut werden. Nie gab es mehr zu tun und nie waren die Wachstums- und Entwicklungschancen für das Handwerk besser. Der Umbau kann jedoch nur gelingen, wenn die Vielzahl der unterschiedlichen Gewerke des Handwerks genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen, um diesen Kraftakt zu bewältigen. Fachkräfte werden zur wichtigsten Ressource, um die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft zu meistern. Das Handwerk selbst geht aktuell von einer Größenordnung von 65.000 fehlenden Fachkräften aus – mit Blick auf die Klimaschutzziele könnte der Bedarf auch in einer sechsstelligen Größenordnung liegen.

Bereits in den vergangenen Jahren haben wir das Handwerk gestärkt: Allein in den Jahren 2020 und 2021 hat das Land 45 Millionen Euro für zukunftsweisende Initiativen und Projekte des Handwerks bereitgestellt. Damit haben wir die zuvor (2018/19) bereitgestellten Mittel um 40% erhöht. Ein wichtiger Schwerpunkt war hierbei die Förderung der Berufsbildungsinfrastruktur. Denn zu lange wurde der Fokus einseitig auf die akademische Bildung gelegt. Ein Meister muss aber genauso viel Wert sein wie ein Master. Wir wollen die Gleichwertigkeit von beruflicher Bildung und akademischer Bildung weiter vorantreiben und die berufliche Bildung weiter stärken, damit wir mehr Fachkräfte für den Umbau Richtung Zukunft gewinnen und ausbilden können. Maßnahmen zur Gewinnung von mehr Fachkräften dauern Jahre, wir haben aber keine Zeit, auf Lösungen zu warten. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, damit für die Zukunft genügend Fachkräfte für die Bewältigung der großen Aufgaben zur Verfügung stehen. Dazu wollen wir Nordrhein-Westfalen mit einer Offensive für die Berufliche Bildung von hier aus weiter voranbringen und schlagen dazu folgende Punkte vor:

1. Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung in der Landesverfassung verankern.

Wir wollen, dass die berufliche Bildung die Wertschätzung genießt, die sie verdient. Die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung muss Staatsauftrag werden. Um der Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung eine rechtliche Grundlage zu geben, schlagen wir deshalb eine Verankerung in der nordrhein-westfälischen Landesverfassung vor. Dazu

wollen wir Artikel 16 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalens um einen neuen dritten Absatz ergänzen: „Das Land soll darauf hinwirken, dass die hochschulische und die berufliche Bildung eine gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung finden und stärker durchlässig werden.“

Mit dieser Ergänzung unserer Verfassung folgen wir dem Beispiel der Schweiz, die eine ähnliche Regelung 2006 in ihre Bundesverfassung eingefügt hat.

Eine Ergänzung der Landesverfassung wäre ein starker Auftrag an die Politik, die gesellschaftliche Akzeptanz und Anerkennung beruflicher Bildung sowie die Durchlässigkeit der Bildungswege weiter zu stärken. Dies wäre etwa wichtig, um auch in der Praxis die bereits mögliche Anerkennung von Kenntnissen und Qualifikationen, die außerhalb der Hochschule erworben wurden und dann Anerkennung für ein Studium finden sollen, zu stärken.

2. Mittlere Schulabschlüsse stärken.

Wir brauchen starke Schulen, die hochwertige mittlere Schulabschlüsse vergeben und bestmöglich auf eine berufliche Ausbildung vorbereiten und damit helfen, unseren Fachkräftenachwuchs zu sichern. Eine erhebliche Verbesserung der Berufsorientierung an weiterführenden Schulen wollen wir erreichen, indem wir Schülerinnen und Schülern verstärkt die Möglichkeit geben, bereits während ihrer Schulzeit praktische Erfahrungen in ganz unterschiedlichen Bereichen zu sammeln. So sollen auch die beruflichen Möglichkeiten und Entwicklungschancen in Ausbildungsberufen bekannter werden. Auch darüber hinaus wollen wir im Zuge der Berufsberatung über die Karriere- und Verdienstmöglichkeiten im Handwerk und anderen Ausbildungsbranchen informieren, denn die guten Perspektiven, die viele Ausbildungsberufe bieten, werden mitunter nicht richtig eingeschätzt. Um ein gesellschaftliches Umdenken hinsichtlich der Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung zu erreichen, müssen die Haupt-, Real- und Sekundarschulen in einer Qualitätsoffensive und einem Sonderinvestitionsprogramm Starke Mitte gestärkt werden. Damit wollen wir konkret sowohl eine Aufstockung von Personal und moderner Ausstattung vorantreiben als auch den Ausbau der Vernetzung von Schulen und Ausbildungsbetrieben.

3. Einstieg in die Ausbildung erleichtern durch mehr modulare Ausbildungen, Teilzeitausbildungen und Zertifizierungen.

Ausbildung muss zu den vielen unterschiedlichen Lebensentwürfen und auch Biographien der Menschen passen. Berufsorientierung muss zunächst motivieren und Lust machen und darf nicht primär aus reiner Analyse aus Erwachsenensicht bestehen. Mit dem Ausbau von modularen Ausbildungen und zertifizierten Teilqualifikationen sowie einem vermehrten Angebot an Teilzeitausbildungen wollen wir den Einstieg in eine Ausbildung erleichtern. Vor allem mehr Möglichkeiten zu Teilzeitausbildung können die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

Wir wollen ein Verfahren zur zusätzlichen Erschließung von Fachkräften etablieren, das eine Kompetenzfeststellung von non-formalen Fähigkeiten unterhalb des vollwertigen Berufsabschlusses umfasst. Ziel dabei ist, vorhandene Kompetenzen festzustellen und über Zertifizierungen die Weiterentwicklung zur Fachkraft zu ermöglichen. Dabei sollen bereits bestehende Strukturen qualitätssichernd zusammengeführt werden. So sollen auch die Möglichkeiten zur Weiterentwicklung ausländischer Abschlüsse und ein passgenauerer Zugang zur beruflichen Bildung für Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher geschaffen werden. Die Verfahren zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen wollen wir weiter verbessern.

4. Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung steigern.

Bachelor-Professional-Absolventinnen und -Absolventen sollen mit zusätzlich zwei Semestern theoretischen Grundlagen und wissenschaftlichem Arbeiten den Zugang zum Masterprogramm

erhalten. Andersherum sollen auch Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen einer Hochschule nach einer zusätzlichen, kompakten Berufsbildungszeit einen Berufsabschluss erlangen können. Parallel zum Meisterabschluss im Handwerk sollen Abschlüsse der Höheren Berufsbildung durch die Industrie- und Handelskammern, wie unter anderem der Fachwirt, als Master-Professional-Abschluss mit einem akademischen Masterprogramm ebenfalls wechselseitig verknüpft werden. Hauptansprechpartner für die Wirtschaft sollen hierbei insbesondere die Hochschulen für angewandte Forschung sein. Um diesen Weg gehen zu können, wollen wir die Qualität in der Beruflichen Bildung weiter deutlich stärken, unter anderem durch Exzellenz-Berufskollegs und Exzellenz-Weiterbildungsakademien für die berufliche Bildung.

5. Digitales Fernausbildungszentrum schaffen.

Was im universitären Bereich schon lange möglich ist, wollen wir auch für Auszubildende und berufliche Weiterbildungen schaffen. Wir wollen deswegen das erste rein digitale Fernausbildungszentrum in Nordrhein-Westfalen schaffen. Der berufsschulische Teil der Ausbildung soll so ortsunabhängig absolviert werden können. Damit können für Auszubildende im ländlichen Raum lange Fahrtwege gespart werden. Auch für seltene Ausbildungsberufe oder bei einer lokal geringen Nachfrage kann so der schulische Teil der Ausbildung auf hohem Niveau gewährleistet werden.

6. Die Ausbildungszeit muss genauso so viel zu bieten haben, wie die Studienzzeit.

Nachdem wir durch das Azubi-Ticket bereits junge Menschen im ganzen Land mobil gemacht haben, wollen wir im nächsten Schritt mehr Wohnraum für Azubis schaffen. Der Ausbau der preisgünstigen Wohnheimplätze ist hinter der steigenden Nachfrage zurückgeblieben. Es besteht auch bei den Bestandsbauten ein hoher Sanierungsbedarf. Wir wollen deshalb die öffentliche Förderung für die Modernisierung und den Neubau von Wohnheimen ausbauen. Das Land garantiert Tilgung und Zinsen für die Finanzierungen und stellt selbst Flächen in Campusnähe und, wo möglich, in der Nähe von Berufsschulen zur Verfügung. Analog zum Erasmus-Studienaufenthalt soll für Ausbildungen mit blockweisen Berufsschulphasen die Option geschaffen werden, einen Teil der Schulphase an einer Partnerschule im Ausland zu absolvieren. Mit einer Exzellenzinitiative Berufliche Bildung, dem Ausbau digitaler Ausbildungsangebote und der Öffnung der Begabtenförderung wollen wir in der beruflichen Bildung beste Rahmenbedingungen schaffen, damit jede und jeder die eigenen Talente entfalten und die eigenen Begabungen bestmöglich einsetzen kann.

7. Berufsbildungsstätten weiter modernisieren.

Um Betriebe und Bildungszentren fit für die Zukunft zu machen, haben wir allein in den vergangenen zwei Jahren zusammen mit Bund und EU mehr als 160 Millionen Euro in zukunftsweisende Projekte des nordrhein-westfälischen Handwerks investiert. Und noch immer gibt es viel zu tun: noch zu häufig widerspricht der Zustand unserer berufsbildenden Schulen dem Vorhaben einer Offensive für die berufliche Bildung – dabei muss sich die Wertschätzung für unsere Auszubildenden zuallererst an den Gebäuden zeigen. Wie bereits für die Studierendenwerke beschlossen wurde, soll daher der Sanierungsbedarf unserer Einrichtungen der berufsschulischen Bildung ermittelt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser anschließend aus Bundesmitteln, nachrangig aus Landesmitteln, bspw. im Rahmen der Schulpauschale, gedeckt wird.

8. Mehr Autonomie auch für Berufskollegs.

Verantwortung wird erfolgreich vor Ort wahrgenommen. Daher wollen wir analog zum erfolgreichen Hochschulfreiheitsgesetz auch den Berufskollegs mit einem Berufsschulfreiheitsgesetz mehr Verantwortung und Handlungsfreiheit geben. So können Schulen vor Ort über Organisation, Personal

und Verwendung finanzieller Mittel mehr Freiheit erlangen und bessere sowie schnellere Entscheidungen orientiert an den lokalen Bedürfnissen treffen.

9. Ausbildungs- und Weiterbildungsoffensive im Handwerk mit Technologiefokus.

Um ausreichend Fachkräfte in der Technologieentwicklung sowie in der Umsetzung der energetischen Sanierung, der Installation und Nachrüstung von Photovoltaikanlagen und Batteriespeichern zu haben, wollen wir eine Ausbildungs- und Weiterbildungsoffensive im Handwerk initiieren. Mit einer Werbe- und Informationskampagne wollen wir für eine Ausbildung im Handwerk werben und zur berufsbezogenen Weiterbildung motivieren. Wir wollen das Potenzial des Handwerks besser ausschöpfen, kreative, wertorientierte, technikbegeisterte und junge Menschen an sich zu binden. Das Handwerk bietet die Chance, aktiv an der Umsetzung des Klimaschutzes mitzuarbeiten, modernste Technologien zur Anwendung zu bringen, lebenslange stetige Weiterqualifizierung und vor allem sozialen Aufstieg. Das wollen wir in der öffentlichen Kommunikation noch stärker betonen. Die Möglichkeiten zur Förderung der beruflichen Weiterbildung und der Meister-Qualifikation wollen wir ausweiten, indem wir Instrumente wie Stipendienprogramme, Aufstiegs-BaföG sowie Bildungschecks ausbauen und ein Midlife-BaföG ganz neu schaffen. Die entsprechenden Ziele der Bundesregierung unterstützen wir hierbei nachdrücklich. Insbesondere kleine mittelständische Betriebe wollen wir bei Fragen der Weiterbildung und Personalplanung unterstützen. Für eine Aus-, Fort- und Weiterbildung nach den neuesten technischen und didaktischen Standards wollen wir die überbetrieblichen Bildungsstätten der Wirtschaft und auch die Berufskollegs noch besser ausstatten.